



## Europäischer Luftraum

Das Europäische Parlament stimmte in dieser Plenarwoche für eine schnelle Vollendung eines einheitlichen europäischen Luftraums. Bis Ende dieses Jahres sollten unter anderem neun funktionale Luftraumblöcke entstehen, um Flugstrecken zu verkürzen, Klimaauswirkungen zu verringern und die Sicherheit zu erhöhen. "Der Flickenteppich an nationalen Aufsichtsstrukturen verursacht zusätzliche Kosten. Eine Verschmelzung dieser Strukturen zu funktionalen Luftraumblöcken würde nicht nur die Kosten drastisch senken, sondern auch die Luftraumkapazität verdreifachen, kürzere Flugverbindungen schaffen und damit weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen", so Ferber.

## Europäischer Rat

In der Plenardebatte anlässlich des Treffens der Staats- und Regierungschefs in der vergangenen Woche, begrüßten die Abgeordneten den Kompromiss zur Bankenunion als zentrales Element zur Krisenbewältigung. "Um künftige Bankenrisiken und ein Übergreifen auf andere Länder zu verhindern, brauchen wir eine Aufsichtsstruktur, die krisenfest, praktikabel und dauerhaft ist. Da kann es nicht schaden, wenn wir konzentriert und

akribisch um die richtigen Lösungen ringen und dabei die nationalen Gegebenheiten berücksichtigen", begrüßte Ferber das Verhandlungsergebnis von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das Europäische Parlament arbeitet bereits sehr konkret an den Dossiers zur Bankenaufsicht.

## Hilfe für manroland-Beschäftigte

Die EU unterstützt die ehemaligen Mitarbeiter des insolventen Druckmaschinenherstellers manroland bei der Jobsuche. Das Europäische Parlament billigte dazu 5,3 Millionen Euro. "Die finanzielle Hilfe der EU kommt einer Vielzahl von Beschäftigten, besonders in der Region Augsburg, zugute", so Markus Ferber. Der Vorsitzende der CSU-Europagruppe begrüßte die rasche Annahme im Europäischen Parlament und will sich jetzt dafür einsetzen, dass die Mittel noch vor Weihnachten ausbezahlt werden.

## Finanzrahmen

Bis Ende dieses Jahres müssen sich Europaparlament, Ministerrat und Kommission auf den mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 einigen. Darin wird festgelegt, in welchen Politikbereichen bis 2020 wie viel Geld ausgegeben werden soll. Die Verhandlungen

über den Finanzrahmen für die EU-Haushalte 2014-2020 stehen kurz vor dem Abschluss. Im Vorfeld des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs am 22./23. November zu den EU-Ausgaben bekräftigte das Europäische Parlament seine Forderungen für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten in einem Interim-Bericht. Das Parlament will mehr Effizienz bei der Verwaltung und einen Bürokratiecheck aller Mehrjahresprogramme durchsetzen. Erstmals seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon entscheiden EU-Parlament und Ministerrat gleichberechtigt über den Haushaltsplan der EU.

## "Happy Birthday" Europäischer Binnenmarkt

Vor 20 Jahren wurde der Europäische Binnenmarkt geschaffen und umfasst heute mehr als 500 Millionen Verbraucher. Wenn sich die Bürger und Unternehmen heute innerhalb der EU frei bewegen und Handel treiben können, dann ist dies in erster Linie dem Binnenmarkt zu verdanken. "Der Binnenmarkt ist ein Erfolgsgarant für die europäische und in besonderem Maße für die deutsche und bayerische Wirtschaft. Sie sorgt für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung", so Ferber. "Wir brauchen den Binnenmarkt in der momentanen Situation, als Motor für Wachstum und Beschäftigung mehr denn je."

# Sonderausgabe zur Finanzmarktregulierung

**Die EU arbeitet mit Hochdruck an einer besseren Überwachung und Regulierung der Finanzmärkte. Mit der so genannten MiFID-II-Richtlinie sollen spekulative Exzesse an den Finanzmärkten künftig verhindert werden. Markus Ferber hat das Dossier im EU-Parlament federführend betreut und erklärt in der Sonderausgabe des Briefes aus Straßburg, anlässlich der Abstimmungen im Europäischen Parlament, wie künftig der Anlegerschutz verbessert, die Spekulationen an Warenterminmärkten verhindert und der Hochfrequenzhandel entschleunigt werden kann:**

## Produktintervention

Spielwaren und Lebensmittel unterliegen in der EU einer strengen Prüfung. Waren dürfen erst auf den Markt kommen, wenn klar ist, dass sie gesundheitlich unbedenklich sind. Finanzprodukte unterliegen keiner Prüfung, die feststellt, ob ein angebotenes Produkt sinnvoll und für den Markt unbedenklich ist. Ferber plädiert für eine Vorabverbotsmöglichkeit von unlauteren und schädlichen Finanzprodukten und geht damit einen großen Schritt weiter als die Kommission in ihrem Vorschlag. "Es muss möglich sein, dass Finanzprodukte die gefährlich werden könnten, schon vorab geprüft und gar nicht erst auf den Markt kommen können."

## Positionslimits

"Wir wollen den spekulativen Anteil an den Warentermin-

märkten reduzieren, ohne den Markt an sich zu stören. Das Zauberwort heißt 'Positionslimits', erklärte Ferber. Der im Parlament verabschiedete Kompromiss sieht eine strikte Obergrenze für die Anzahl von Kontrakten oder Positionen vor. „Ein Automobilhersteller hat ein reales Interesse, dass er Stahl bekommt. Er sollte den Stahlpreis also auch über Termingeschäfte absichern können. Ein Hedgefonds, der lediglich auf die Preisentwicklung des Stahls spekuliert, braucht kein Stahl und wird ihn auch am Ende nicht einkaufen. Solche rein spekulativen Geschäfte sollen über Positionslimits beschränkt werden“, erklärte der Berichterstatter.

## Anlegerschutz bei der Bankberatung

Bei einem Autokauf oder beim Abschluss eines Handy-Vertrags kann man Produkte gleicher Leistung über den Preis genau vergleichen. Bei Finanzprodukten können Verbraucher jedoch nicht ohne weiteres erkennen, wie viel von dem investierten Geld in der Geldanlage direkt ankommt. Es steht außer Frage, dass wir beim Thema Anlegerschutz mehr Transparenz und Informationspflicht über erbrachte Dienstleistungen und Provisionen des Beraters brauchen. Nur wenn der Kunde sichergehen kann, dass ihm die bestmögliche Transparenz gewährt wird, wird er selbständig entscheiden können in welche Produkte er investiert. Der Kunde muss künftig vor Abschluss des Geschäfts vom Berater alle Informationen über die Risiken des Produkts erhalten, um entschei-

den zu können, ob das Produkt zu seiner Risikobereitschaft und seinem Anlageziel passt.

## Kommunen

Der Bericht zur Finanzmarkttrichtlinie beinhaltet auch das Spekulationsverbot für Kommunen und lokale Behörden. Es soll Kommunen künftig nicht mehr möglich sein, mit den Geldern der Steuerzahler Misswirtschaft zu betreiben und sich zu verspekulieren. "Sie sollen sich auf ihre Hauptaufgaben und den Bürgerservice vor Ort konzentrieren. Denn, dass spekulative Handelsaktivitäten von Kommunen deutlich schief gehen können, hat die Vergangenheit leider schon zu oft gezeigt", so Ferber.

## Hochfrequenzhandel

Der Hochfrequenzhandel gilt als gefährlich, weil er extrem schnelle Kursausschläge verursachen kann. Bislang ist der Bereich nicht reguliert. Das Europäische Parlament hat deswegen strenge Regeln verabschiedet, die den ultraschnellen Börsenhandel ausbremsen werden. "Zur Entschleunigung des Hochfrequenzhandels fordern wir Mindesthaltefristen von 500 ms für Orders und Gebühren für einzelne Handelsaktivitäten", erklärte Ferber. Damit soll das permanente Platzieren und Zurückziehen von Orders, ohne dass wirkliche Transaktionen stattfinden, deutlich reduziert werden. "Nur so bekommen wir den Hochfrequenzhandel in den Griff und das rein spekulative Geschäft mit ultraschnellen Transaktionen verliert seinen Reiz."